

Union schließt Zusammenarbeit mit AfD aus - Finanzminister im Aufruhr!

Unionsfinanzminister schließen Zusammenarbeit mit AfD aus. Fünf-Punkte-Plan zur Migrationspolitik gewinnt Mehrheit im Bundestag.

Bundestag, Berlin, Deutschland - In der politischen Debatte über eine mögliche Zusammenarbeit mit der AfD äußern sich die Finanzminister der unionsgeführten Länder klar gegen eine solche Kooperation. Laut **PNP** erklärten Marcus Optendrenk, Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, sowie seine Kollegen aus Bayern, Berlin und Hessen, dass sie eine zukünftige Zusammenarbeit mit der AfD ausschließen wollen. Optendrenk betont, dass man mit der AfD „nichts zu tun haben“ möchte.

Diese klare Haltung wird auch von Alexander Lorz, dem hessischen Finanzminister, unterstützt. Er kritisiert die Diskussionen über Verfahrensfragen im Kontext der aktuellen Anträge, bekennt sich jedoch zu den Inhalten des jüngsten Unionsantrags. Ferner versichert Lorz, dass die AfD bei einer möglichen Regierungsmehrheit der Union nicht beteiligt sein wird. Auch der CDU-Parteivorsitzende Friedrich Merz stellt sich entschieden gegen eine Zusammenarbeit mit der AfD.

Der Fünf-Punkte-Plan der Union

Der Hintergrund dieser Diskussion ist ein Unionsantrag, der mit Stimmen von AfD, FDP und fraktionslosen Abgeordneten durch den Bundestag gebracht wurde. Der Antrag gehörte zum sogenannten Fünf-Punkte-Plan der Union und konzentriert sich auf eine schärfere Migrationspolitik. Laut **Deutschlandfunk**

umfasst dieser Plan unter anderem:

- Dauerhafte Grenzkontrollen zu allen Nachbarländern.
- Ausnahmslose Zurückweisung illegaler Einreisen, selbst für Personen mit Schutzanspruch.
- Sofortige Inhaftierung ausreisepflichtiger Personen und signifikante Erhöhung der Haftplätze in den Bundesländern.
- Deutlich mehr Abschiebungen als bisher.
- Stärkere Unterstützung des Bundes für Länder beim Vollzug der Ausreisepflicht.
- Ein unbefristeter Ausreisearrest für ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder.

Obwohl der Antrag viel Aufmerksamkeit auf sich zog, ist er rechtlich nicht bindend. Die nächste Abstimmung im Bundestag wird über einen Gesetzentwurf stattfinden, der ähnliche Inhalte behandeln könnte und möglicherweise das Ende des Familiennachzugs zu Ausländern mit eingeschränktem Schutzstatus zur Folge hätte.

Wirtschaftliche Lage im Fokus

Die Diskussion wird auch vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland geführt. Berlins Finanzsenator Stefan Evers bemängelt, dass die Konjunkturprognose für 2025 nicht Teil der Debatte über die Migrationspolitik war, während Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck eine Korrektur der Prognose auf ein Mini-Wachstum von 0,3 Prozent vornahm. Evers warnt, der Wohlstand in Deutschland sei bedroht und das Land stehe am Schluss der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa (**PNP**).

Die politischen Entwicklungen und die möglichen Auswirkungen des Fünf-Punkte-Plans werfe Fragen auf, wie sich die Wählerstimmen für die Union und die AfD verändern könnten. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Abstimmungen weiterentwickeln und welche Folgen sie für zukünftige Regierungsbildungen

haben werden, da die Kooperation mit den Grünen nach der Debatte als unwahrscheinlich eingeschätzt wird. Auch eine Zersplitterung des Parlaments könnte bevorstehen, was die Bildung von stabilen Mehrheiten erschwert (**Deutschlandfunk**).

Für weiterführende Informationen über die Debatten im Bundestag können Sie die Ausführungen auf der offiziellen Seite des Bundestages nachlesen: **Bundestag**.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Bundestag, Berlin, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.pnp.de• www.deutschlandfunk.de• www.bundestag.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de